

FRANKFURTER STADTZEITUNG

Zeitung der
Deutschen Kommunistischen Partei
Frankfurt am Main

EXTRA zur Schuldenkrise



Wessen Krise?

Wessen Aufschwung?

Wir sollen für die Krise bezahlen. Da hilft nur ein Aufschwung des Widerstands.

Immer mehr Menschen haben es satt, dass den Banken mit Rettungsschirmen und Stabilitätsmechanismen Milliarden hinterher geworfen werden. Dafür gehen jetzt auch bei uns zehntausende auf die Straße. Selbst Finanzminister Schäuble hat plötzlich erklärt, er wolle die Banken zur Kasse bitten. Es könne nicht sein, dass die privaten Investoren die Gewinne einstrichen und der Steuerzahler das Risiko trage, so Schäuble. Hat er eine Kehrtwende

vollzogen? Kommt er jetzt auch zu den Demos? Aber anstatt ein Zelt vor

tatsächlich die Banken zur Kasse bitten?

„Ein Schuldenschnitt von 50 Prozent, immerhin: Zahlen jetzt die Banken?“

der europäischen Zentralbank aufzuschlagen, ist er Ende Oktober nach Brüssel gefahren, um mal wieder den Euro zu retten. Das Ergebnis des Gipfel-Marathons: Einen Schuldenschnitt für Griechenland will die EU durchsetzen. Ob dieser Schuldenschnitt wirklich zustande kommt, ist noch völlig unklar. Aber die Vereinbarung sieht vor, dass die privaten Griechenland-Gläubiger auf 50 Prozent ihrer Forderungen verzichten sollen. 50 Prozent, immerhin: Zahlen jetzt die Banken? Joseph Ackermann hat als Vorsitzender des internationalen Bankenverbandes mit am Tisch gegessen, als das beschlossen wurde. Er erklärte, er sei „sehr zufrieden mit der erreichten Einigung“. Wollen Schäuble und Ackermann etwa

Garantien für Banken

Ackermann hat tatsächlich allen Grund, mit der Vereinbarung zufrieden zu sein. Allein schon deshalb, weil die deutschen privaten Banken relativ wenige Griechenland-Anleihen halten. Sie müssen also, verglichen mit der Konkurrenz, auch nicht so viel zahlen. Die Schuldenschnitt-Vereinbarung sieht aber auch vor, dass die restlichen 50 Prozent garantiert werden. Die Banken bekommen, wenn sie sich am Schuldenschnitt beteiligen, also diese 50 Prozent sicher. Und das ist mehr, als man im Moment auf dem Markt für Griechenland-Anleihen geboten bekommt. Und falls eine der

„Die EU hilft gerne, bezahlt wird das aus dem Rettungsschirm.“

beteiligten Banken in nächster Zeit nicht so flüssig sein sollte, also Schwierigkeiten bei der Rekapitalisierung haben sollte – die EU hilft gerne, bezahlt wird das aus dem Rettungsschirm. Letztendlich bedeutet der vereinbarten



Schuldenschnitt also in keiner Weise, dass tatsächlich die Banken zur Kasse gebeten werden – auch wenn Schäuble versucht hat, diesen Eindruck zu vermitteln, um die Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu instrumentalisieren. Im Gegenteil: Wie bisher nehmen die Regierenden riesige Summen von Steuergeldern in die Hand, um die Gewinne einiger weniger Banken und Konzerne zu garantieren.

Wir sollen zahlen

Die Menschen in Griechenland bekommen von diesem Geld natürlich keinen Cent ab. Die Sparpolitik geht weiter, nicht nur in Griechenland. Die EU macht Druck, damit überall weiter gekürzt wird, was das Zeug hält. Kürzungen bei Renten, Löhnen und Gehältern, Entlassungen, Sondersteuern – so sollen die

arbeitenden Menschen in Griechenland für die Krise bezahlen. Auch, wer ein Einkommen unter der Armutsgrenze hat, soll künftig Steuern zahlen – während reiche Griechen hunderte Milliarden in der Schweiz geparkt haben. Vielen Beschäftigten wurde das Gehalt in den letzten zwei Jahren um über 30 % gekürzt. Ob in Griechenland oder in

„Wir sollen für die Krise der Banken und Konzerne bezahlen.“

Deutschland: Die Schulden des Staates haben nicht die arbeitenden Menschen gemacht. Im Gegenteil: Sie zahlen den Großteil der Steuern, die die Regierung vor allem im Interesse der Banken und Konzerne ausgibt. Und auch in Deutschland sollen wir die Kosten tragen: Kürzungen bei Bildung und Sozialem. Die Erhöhungen der Tariflöhne blieben selbst im so genannten Aufschwung hinter der Inflation zurück. Und während die

Auftragslage in manchen Branchen sehr gut ist, wird dort trotzdem kaum jemand fest angestellt. Die Unternehmen lassen Überstunden schieben, oder sie stellen Leiharbeiter ein. Denn die können sie jederzeit wieder auf die Straße setzen. So sollen wir für die Krise der Banken und Konzerne bezahlen. Das zeigt: Nicht nur die Banken, sondern auch die Konzerne der so genannten Realwirtschaft profitieren von der Krise – auf unsere Kosten.

„Der Aufschwung!“

Noch im Frühling hat man uns erzählt, die Krise sei vorbei, der Aufschwung da. Schon jetzt glaubt das wohl niemand mehr. Und selbst das bisschen Aufschwung, das es gab, ist bei uns nicht angekommen. Der Aufschwung war der Aufschwung der Konzerne, die Kosten der Krise sollen wir bezahlen. Da ist es doch an der Zeit, dass es einen Aufschwung der anderen Art gibt: Einen Aufschwung des Widerstands.

Mehr als Empörung!

Für konsequenten Widerstand gegen das Kapital

Die DKP begrüßt es, dass auch in Deutschland immer mehr Menschen gegen die Politik der Herrschenden auf die Straße gehen.

Viele erkennen, dass die Krisen-Bekämpfung der Bundesregierung und der EU nur den Banken und Konzernen zugute kommt.

Diese Regierung ist die Regierung des Kapitals. Es reicht nicht aus, darauf zu hoffen, dass die Regierung die Banken zur Kasse bittet. Die Lösung ist nicht die

stärkere Regulierung der Finanzmärkte. Die Lösung ist eine Gesellschaft, in der sich Banken und

„...eine Gesellschaft, in der der Reichtum im Interesse aller verwendet wird.“

Konzerne in gesellschaftlichem Eigentum befinden, und in der dieser Reichtum im Interesse aller verwendet wird – eine sozialistische

Gesellschaft. Um der Propaganda und der Politik der Herrschenden wirklich etwas entgegenzusetzen zu können,

brauchen wir mehr als eine spontane, unverbindliche Bewegung. Wir brauchen mehr Empörung, und wir brauchen noch mehr als das: Eine Bewegung, in der verschiedene Kräfte

gemeinsam, organisiert, bewusst und konsequent Widerstand leisten – gegen jede Kürzung, jede Lohn- oder Gehaltssenkung, jede Entlassung.

Diese Zeit braucht UNSERE ZEIT DKP-Zeitung

Originalton DKP – jede Woche - Jetzt 4 Wochen testen!

Telefon 02 01 / 24 86 482, Fax 02 01 / 24 86 484,

E-Mail: CommPress@aol.com, Internet <http://www.unsere-zeit.de/>